



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2024/2025;

**hier: Demokratiebildung stärken III – Antisemitische Straftaten durch Aufklärung an Schulen entschieden bekämpfen!
(Kap 05 04 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 05 04 wird ein neuer Tit. „Aufklärungsmaßnahmen an Schulen gegen antisemitische Straftaten“ ausgebracht und für die Jahre 2024 und 2025 mit einem Ansatz in Höhe von jeweils 100,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Diese zusätzlichen Mittel sollen für ein Maßnahmenpaket zur Verfügung stehen, das dazu gedacht ist, Schülerinnen und Schüler über strafrechtlich relevanten Antisemitismus aufzuklären und dadurch antisemitischen Straftaten vorzubeugen.

Begründung:

In Bayern wird täglich im Durchschnitt mindestens ein antisemitischer Vorfall polizeilich erfasst, mit einem merklichen Anstieg dieser Straftaten seit dem Angriff durch die Hamas auf Israel. Die alarmierend hohe Anzahl antisemitischer Delikte zeigt, dass eine verstärkte Fokussierung auf Bildungsmaßnahmen notwendig ist. Im vergangenen Jahr erreichte die Zahl der registrierten antisemitischen Straftaten mit 538 einen beunruhigenden Höhepunkt. Dies unterstreicht die dringende Notwendigkeit für umfassende Bildungs- und Präventionsarbeit sowie für eine konsequente Strafverfolgung und Rechtsdurchsetzung durch den Staat, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Das „Lagebild Bayern: Hasskriminalität“ des Landeskriminalamts zeigt, dass die meisten Tatverdächtigen antisemitischer Straftaten zwischen 14 und 23 Jahre alt sind. Gerade deshalb braucht es jetzt ein Maßnahmenpaket, um Schülerinnen und Schüler über strafrechtlich relevanten Antisemitismus aufzuklären und dadurch antisemitischen Straftaten vorzubeugen.